

Journal

■ Studie: Gesundheitskosten im internationalen Vergleich

„Deutschland – ein im internationalen Vergleich teures Gesundheitswesen?“, unter diesem Titel hat das Wissenschaftliche Institut der privaten Krankenversicherung (WIP) ein Diskussionspapier zu den Gesundheitskosten verschiedener Länder veröffentlicht. Das Ergebnis: Da im internationalen Vergleich in der Regel die Anteile der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt gegenübergestellt werden, erscheint das deutsche Gesundheitswesen überdurchschnittlich kostenintensiv. Eine genauere Analyse zeigt aber, dass die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf nicht zu den höchsten zählen – insbesondere nicht, wenn die unterschiedlichen Altersstrukturen der Länder berücksichtigt werden. Gesundheitsausgaben sind altersabhängig, sodass eine relativ alte Bevölkerung – wie die deutsche – mehr Ressourcen für Gesundheit aufwenden muss als Länder mit einer jüngeren Bevölkerung. Gesundheitsausgaben, die um Altersstruktureffekte bereinigt wurden, zeigen, dass auch Länder (zum Beispiel die Niederlande) höhere Ausgaben haben, deren System wiederholt in Deutschland als Reformoption diskutiert wird. Diese Erkenntnis sollte nach Meinung der Autoren dazu führen, solche Optionen noch einmal zu prüfen. Das Diskussionspapier kann unter www.wip-pkv.de heruntergeladen werden. lin/WIP

■ Zahnärzteschaft in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2009 des Statistischen Bundesamtes sowie das Statistische Jahrbuch 2008/2009 der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) geben Auskunft über die Situation der Zahnärzte in Deutschland. Nach Angaben der Landes Zahnärztekammern gab es 2008 bundesweit 55 173 niedergelassene, 8312 in Praxen angestellte, 2833 nicht in Praxen angestellte beziehungsweise verbeamtete sowie 18 082 nicht zahnärztlich tätige Zahnärzte in Deutschland. Im Wintersemester 2008/2009 waren laut BZÄK 13 763 Studierende für das Fach Zahnmedizin an insgesamt 30 Universitäten eingeschrieben. 2007 wurden 1082 Promotionen erteilt, davon 583 an Frauen und 499 an Männer. Im Jahr 2008 machten 30 156 junge Menschen eine Ausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten. Mit über 99 Prozent entscheiden sich fast ausschließlich Frauen für diese Ausbildung. Die Kosten im Gesundheits-

wesen lagen laut Statistischem Bundesamt 2007 bei 154 Milliarden Euro. Davon entfallen 16 375 Millionen Euro auf Zahnarztpraxen und 38 438 Millionen Euro auf Arztpraxen. Das Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes kann unter www.destatis.de als PDF kostenfrei heruntergeladen werden. Das Jahrbuch der BZÄK ist kostenpflichtig bestellbar unter www.bzaek.de. lin

■ Gesundheitswirtschaft bietet Jobs

Der Beitrag der Gesundheitswirtschaft zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland ist weit größer als bisher angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Unter den richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen kann der Anteil der Gesundheitswirtschaft am Bruttoinlandsprodukt bis 2020 von heute etwa zehn Prozent auf fast 13 Prozent, die Zahl der Beschäftigten von rund fünf auf sieben Millionen steigen. Die wichtigsten Wachstumstreiber sind neben der alternden Bevölkerung das zunehmende Gesundheitsbewusstsein und der Export. Das BMWi möchte diese Entwicklung „wirtschaftspolitisch flankieren“. Das Gutachten wurde gemeinsam erstellt von der Beratungsfirma Roland Berger, der Technischen Universität Berlin und der Basys GmbH. lin/BMWi

■ „hauptsache prävention!“

Am 17. November 2009 wurde im Bayerischen Landtag erstmals der Präventionspreis „hauptsache prävention!“ verliehen. Schirmherr Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, zeichnete vier Preisträger für ihre Beiträge rund um das Thema Prävention und Apotheke aus. Der Preis wurde in diesem Jahr zum ersten Mal vom Wissenschaftlichen Institut für Prävention im Gesundheitswesen der Bayerischen Landesapothekerkammer (WIPIG) und der Deutschen Apotheker Zeitung (DAZ) in den zwei Kategorien „Projekte“ und „Ideen“ vergeben. Ausgezeichnet wurden Konzepte, die zeigen, wie Prävention in der Apotheke erlebbar gemacht werden kann. Auch die BLZK widmet sich in ihren Publikationen für Patienten und Bürger immer wieder dem Thema Prävention. Die Zahnärzteschaft nimmt bei der Prävention seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. lin/WIPIG

■ Heubisch hat geholfen

Studierende der Zahnmedizin in Regensburg und München waren mit ihrem Protest erfolgreich. Alle können im Wintersemester an Praxis-Seminaren zur Übung an Modellköpfen teilnehmen, selbst wenn sie per Los davon bereits ausgeschlossen waren. Auf Intervention von Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch (FDP) wurde mit den Universitäten folgendes Procedere vereinbart: Studenten, die in dem sogenannten Phantomkurs keinen Platz erhalten haben, können diesen in der vorlesungsfreien Zeit zwischen Winter- und Sommersemester absolvieren. Damit die Studenten kein Semester verlieren, wird die Münchner Universität den Kurs anbieten. Das Ministerium stellt dafür Sondermittel bereit. Studenten aus Regensburg erhalten zudem einen Zuschuss ihrer Universität für die Zusatzkosten, die ihnen dadurch entstehen. „Die Zahnmediziner müssen schon ein hohes Lehrdeputat erbringen, umso dankbarer bin ich, dass sie auch noch diese Zusatzaufgabe auf sich nehmen“, sagte Heubisch. vo

■ SPD-Troika ausgetauscht

Ulrich Orlowski wird neuer Leiter der Abteilung „Gesundheitsversorgung, Gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung“ im Bundesgesundheitsministerium (BMG) und damit Nachfolger von Franz Knieps. Orlowski gilt als ausgezeichnete Fachbeamter und unionsnah. In den vergangenen Jahren war er als Unterabteilungsleiter im Ministerium zuständig für alle Fragen der Krankenkassen, Kassenärzte und Arzneimittelversorgung. Orlowski löst damit Franz Knieps ab, den machtbewussten Kopf hinter der Politik von Ex-Ministerin Ulla Schmidt. Knieps, der bisherige BMG-Sprecher Klaus Vater und Schmidts Büroleiter Ulrich Tilly galten als effiziente Troika zur Umsetzung sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Laut „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ trugen sie deshalb den Spitznamen „Taliban“. Unterdessen hat Ulla Schmidt ein neues Betätigungsfeld gefunden. Sie hat offensichtlich genug von der Gesundheitspolitik und gehört künftig dem Kulturausschuss des Bundestages an. Und auch der bisherige Chef des Bundesversicherungsamts (BVA) Josef Hecken, lange Zeit selbst als Bundesgesundheitsminister gehandelt, hat Abschied von

der Gesundheitspolitik genommen. Er wechselte Anfang Dezember als Staatssekretär ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Wer Nachfolger Heckens an der Spitze des BVA wird, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. ho

■ Zahl der MVZ steigt kontinuierlich

Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt. Binnen Jahresfrist erhöhte sie sich von 1088 auf 1325, teilte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) mit. Der KBV-Vorsitzende Andreas Köhler nannte es eine richtige Entscheidung der schwarz-gelben Regierung, „dass nur zugelassene Ärzte und Krankenhäuser Geschäftsanteile von Medizinischen Versorgungszentren halten dürfen.“ Laut Kassenärztlicher Vereinigung Bayerns (KVB) gab es im Freistaat zum 30. Juni dieses Jahres 256 MVZ. Medizinische Versorgungszentren mit zahnärztlicher Beteiligung spielen in Bayern dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Zum gleichen Zeitpunkt gab es fünf MVZ mit insgesamt zehn angestellten Zahnärzten und einem niedergelassenen Zahnarzt. vo

■ Fusionswelle bei den Krankenkassen rollt weiter

Zum 1. Januar 2010 schließen sich die Innungskrankenkassen (IKK) Baden-Württemberg und Hessen, Hamburg, Sachsen und Thüringen zur „IKK classic“ zusammen. Mit über 1,8 Millionen Versicherten entsteht damit die deutschlandweit größte IKK. Sitz der IKK classic wird Dresden sein. Die Wahl der Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Vorstände soll Anfang 2010 erfolgen. Laut Pressemitteilung wird keiner der 3000 Mitarbeiter wegen der Fusion seinen Arbeitsplatz verlieren. Ebenfalls zum 1. Januar nächsten Jahres nimmt die fusionierte Barmer GEK ihre Arbeit auf. Mit 8,6 Millionen Versicherten, über 1100 Betreuungsstellen und 19 000 Mitarbeitern ist die Barmer GEK dann die größte Krankenkasse Deutschlands. An die Spitze gelangt erstmals eine Frau. Die ehemalige nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Birgit Fischer übernimmt den Chefposten. Der amtierende Barmer-Primus Johannes Vöcking zieht sich zurück. vo